

Unverdrossene „Lebenslügen-Politik“ – Zur Entwicklung der Einkommensverteilung

Claus Schäfer

Die große Koalition schließt an die Verteilungspolitik der Vorgängerregierung bruchlos an, wie die aktuelle Entwicklung von Einkommenslücken auf Makro- und Mikroebene sowie andere Defizite zeigen. Die daraus resultierende Nachfrage- und Arbeitsmarktschwäche – statt des erhofften bzw. versprochenen Wachstums- und Beschäftigungsgewinns – wird inzwischen auch von konservativer Seite kritisiert. Jürgen Rüttgers, der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, überschreibt diese Politik zutreffend mit dem Begriff „Lebenslüge“, einer Steigerung von „Reformlüge“. Dennoch wird sie unbeirrt fortgesetzt, was unausweichlich eine weitere Verschärfung von sozialer und ökonomischer Ungleichverteilung bedeutet.

1

Gesamtwirtschaftliche Verteilung

1.1 BRUTTO- UND NETTOLOHN-QUOTE

Die übliche Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) für die letzten Jahre, also das Einarbeiten neu ver-

fügbarer empirischer Informationen durch das Statistische Bundesamt, hat die tatsächliche wie die bereinigte Bruttolohnquote am Volkseinkommen vor der öffentlichen Umverteilung leicht gegenüber den VGR-Angaben des Vorjahres erhöht (Tabelle 1). Diese Korrekturen haben jedoch den Entwicklungstrend der Bruttoquoten nicht verändert. Sie sinken – und haben im ersten Halbjahr 2006 ein historisches Tief erreicht, das für das ganze Jahr 2006 nach langer Zeit wieder ein Niveau von unter 70 %

erwarten lässt. Noch bemerkenswerter aber ist, dass 2005 die absolute Summe der Bruttolöhne und -gehälter einschließlich Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträgen (das sogenannte Arbeitnehmerentgelt) erstmals seit der Rezession von 1967 wieder unter dem Niveau des Vorjahres blieb, und zwar um 0,7 %, obwohl gleichzeitig das Volkseinkommen um 1,5 % zulegte. Schon in 2003 und 2004 war das Arbeitnehmerentgelt nur geringfügig um 0,3 % bzw. 0,5 % gestiegen. Zum Teil ist der Rückgang in 2005 auf die Mitte des Jahres erfolgte Entlastung der Arbeitgeber bei der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung zurückzuführen. Aber auch ohne Berücksichtigung der Arbeitgeberbeiträge sank die Bruttolohn- und gehaltssumme im letzten Jahr absolut um 0,5 %. Wesentliche Gründe dafür sind: eine spürbar gesunkene Zahl an Arbeitnehmern im Inland (–0,5 % bzw. 200.000 weniger), die anhaltend moderat gestiegenen Löhne, die weitere Ausdehnung des Niedriglohnsektors vor allem durch Substitution von Vollzeitarbeit durch prekäre Beschäftigung, die Reduktion von Sonderzahlungen. Auch die Gewinneinkommen haben zu dieser Entwicklung beigetragen: Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen nahmen jedenfalls in 2005 noch einmal kräftig zu um 6,2 % (nach +10,4 % in 2004 und +3,9 % in 2003) – und absorbierten damit weit mehr als den gesamten Zuwachs des Volkseinkommens vor der öffentlichen Umverteilung.

Tabelle 1: Bruttolohn- und -gewinnquote in Deutschland. Das volkswirtschaftliche Einkommen aller Sektoren vor der öffentlichen Umverteilung

	Volks- einkommen Mrd. €	Tatsächliche Bruttolohn- quote ³⁾ %	Tatsächliche Bruttogewinn- quote %	Arbeitnehmerquote ⁴⁾ %	Struktur- bereinigte Bruttolohn- quote ⁵⁾ % Index ⁶⁾	
				– alte Bundesländer ¹⁾ –		
1960	122,8	60,1	39,9	77,2	92,5 65,0	
1970	274,7	67,3	32,7	83,4	100,0 67,3	
1980	591,0	75,2	24,8	88,3	105,9 71,0	
1990	987,2	69,8	30,2	89,6	107,4 65,0	
1991	1065,4	70,0	30,0	89,6	107,4 65,2	
			– alte und neue Bundesländer ²⁾ –			
1991	1192,6	71,0	29,0	90,9	100,0 71,0	
1995	1397,2	71,4	28,6	90,0	99,0 72,1	
1996	1417,7	71,0	29,0	90,0	99,9 71,7	
1997	1438,6	70,3	29,7	89,8	98,8 71,2	
1998	1466,1	70,4	29,6	89,8	97,8 72,0	
1999	1487,3	71,2	28,8	90,0	99,0 71,9	
2000	1524,4	72,2	27,8	90,0	99,0 72,9	
2001	1560,9	71,8	28,2	89,9	98,9 72,6	
2002	1576,1	71,6	28,4	89,8	98,8 72,5	
2003 ⁷⁾	1597,0	70,9	29,1	89,5	98,5 72,0	
2004 ⁷⁾	1650,6	68,9	31,1	89,1	98,0 70,3	
2005 ⁷⁾	1675,1	67,4	32,6	88,8	97,7 69,0	
2006 1. Hj. ⁷⁾	828,2	65,2	36,0	88,7	97,6 66,8	

1) Angaben für 1960 nach dem aufgegebenen deutschen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, ab 1970 nach dem – für Westdeutschland zurückgerechneten – Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG). – 2) Angaben auf Basis des ESVG. – 3) Anteil des Bruttoeinkommens aus unselbstständiger Arbeit (im ESVG: des Arbeitnehmerentgelts) einschließlich der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung am Volkseinkommen. – 4) Anteil der beschäftigten Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen (Inland). – 5) Bereinigt vom Einfluss, der sich aus der Änderung der Erwerbstätigenstruktur ergibt. Die Arbeitnehmerquote des Jahres 1970 bzw. 1991 wird über alle Jahre hinweg konstant gehalten. – 6) Für die alten Bundesländer 1970 = 100, für Deutschland 1991 = 100. – 7) Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (Stand: Aug. 2006). Berechnungen des WSI.

Tabelle 2: Nettolohn- und -gewinnquote in Deutschland¹⁾²⁾**Das Einkommen des Sektors private Haushalte vor und nach der öffentlichen Umverteilung in %**

Jahr	Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte Mrd. € = 100%	Masseneinkommen					Gewinn- und Vermögenseinkommen					Korrekturfaktoren ¹⁰⁾	nachrichtl. Brutto-Vermögenseinkommen (unsalidiert) ¹¹⁾		
		Brutto-löhne und -gehälter (ohne Arbeitgeberbeiträge)	Lohnsteuer der Arbeitnehmer	Sozialbeiträge der Arbeitnehmer	Nettolöhne und -gehälter ³⁾	Netto: monetäre Sozialleistungen (empfangene laufende Übertragungen, saldiert) ⁴⁾	Brutto: Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen ⁵⁾	Brutto: Vermögenseinkommen (saldiert) ⁶⁾	Steuern auf Gewinn- u. Vermögenseinkommen ⁷⁾	Sozialbeiträge (Sozialabg. u.ä.) ⁸⁾	Netto-Gewinn- u. Vermögenseinkommen ⁹⁾				
– alte Bundesländer – ¹⁾															
1960	96,1	66,2	4,2	6,2	55,8	43,7	20,9	28,7	3,0	6,3	1,0	24,4	19,1	1,1	3,0
1970	218,8	71,9	8,5	7,7	55,7	44,4	21,2	26,6	5,5	5,2	0,9	25,9	20,6	2,8	5,5
1980	491,0	73,9	11,7	9,5	52,7	43,8	26,2	22,5	7,6	4,6	1,2	24,3	20,2	3,2	7,6
1990	783,7	69,8	11,3	9,9	48,5	38,5	24,8	24,1	9,9	3,3	1,0	29,7	23,6	3,0	9,9
– alte und neue Bundesländer – ²⁾															
1991	1000,5	69,3	11,3	9,9	48,1	40,3	21,8	16,0	17,5	2,7	1,0	29,8	25,0	0,3	22,8
1995	1188,0	67,8	12,6	10,6	44,5	37,9	23,8	16,5	17,6	1,7	1,2	31,2	26,6	0,5	23,1
1996	1212,6	67,1	13,0	10,8	43,4	37,1	25,3	16,3	17,3	1,4	1,3	30,9	26,4	0,4	22,5
1997	1233,0	65,9	12,9	11,0	42,0	36,0	25,4	16,0	18,5	1,2	1,3	32,1	27,5	0,5	23,5
1998	1253,4	66,2	12,9	11,0	42,3	36,1	25,5	15,4	19,2	1,6	1,2	31,8	27,2	0,4	24,2
1999	1285,5	66,5	13,0	10,9	42,6	36,8	25,7	14,6	19,9	2,1	1,2	31,2	27,0	0,5	24,6
2000	1322,2	66,8	13,0	10,8	43,1	37,4	25,7	14,4	20,3	2,7	1,2	30,8	26,7	0,4	25,5
2001	1374,1	65,6	12,2	10,5	42,9	37,8	25,8	13,9	20,9	2,7	1,2	31,0	27,3	0,3	26,0
2002	1385,2	65,6	12,3	10,6	42,7	37,6	26,5	14,2	19,7	2,3	1,2	30,4	26,7	0,4	24,4
2003	1411,3	64,4	12,0	10,6	41,7	36,9	26,8	13,6	20,4	1,9	1,1	31,0	27,4	0,5	24,6
2004	1435,7	63,7	11,2	10,5	42,0	36,5	26,3	13,7	20,5	1,9	1,1	31,2	27,1	0,5	24,4
2005	1459,8	62,4	10,8	10,5	41,2	35,9	25,9	13,5	22,3	2,2	1,0	32,6	28,4	0,3	26,0
2006	738,6	58,9	10,6	10,2	38,1	34,0	25,8	–	–	–	–	35,7	31,8	0,4	–
1.Hj.															

1) Bis 1990: Angaben nach dem aufgegebenen System der deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (dVGR). – 2) Ab 1991: Angaben auf Basis des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) und der Datenrevision zurück bis 1991. – 3) Nach Abzug von Lohnsteuer und Sozialabgaben. – 4) Im ESVG: Empfangene monetäre Sozialleistungen und übrige laufende Transfers von Staat und anderen Sektoren (ohne Schadensversicherungsleistungen) abzüglich: Lohnsteuer auf Pensionen, Sozialbeiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen, Eigenbeiträge der Empfänger sozialer Leistungen, verbrauchsnahe Steuern und Verwaltungsgebühren. – 5) Im früheren dVGR: Entnommene Gewinne; im ESVG: Betriebsüberschuss bzw. Selbstständigeneinkommen aller Personengesellschaften. – 6) Im ESVG: Empfangene Vermögenseinkommen (einschließlich Ausschüttung von Kapitalgesellschaften) abzüglich geleisteter Vermögenseinkommen (einschließlich Zinsen auf Betriebskredite von Personengesellschaften und Hypothekenzinserien für den privaten Immobilienbau bzw. –kauf) – aber vor Abzug von direkten Steuern auf Vermögenseinkommen. Im dVGR: unsalidierte Vermögenseinkommen. – 7) Veranlagte Einkommensteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag, Vermögensesteuer. – 8) Sozialbeiträge der Selbstständigen und Nichterwerbstätigen. – 9) Diese Kategorie wird vom Statistischen Bundesamt nicht explizit ausgewiesen: Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen plus saldierte Vermögenseinkommen (s. Fußnote 6), abzüglich: direkte Steuern auf private Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sowie Sozialbeiträge (s. Fußnote 7 und 8). – 10) Mit negativen Vorzeichen: Weitern empfangene Transfers (z. B. Schadensversicherungsleistungen) abzüglich sonstiger geleisteter Transfers (z. B. Nettoprämien für Schadensversicherungen). – 11) Im Gegensatz zur Spalte „Vermögenseinkommen“ unter den „Gewinn- und Vermögenseinkommen“ werden hier die empfangenen Vermögenseinkommen unsalidiert ausgewiesen (s. auch Fußnote 6). – 12) A: Anteil am verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte. – 13) B: Anteil am Volkseinkommen, d.h. derselben Bezugsgröße wie für die Quoten in Tabelle 1.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18, Stand: Aug. 2006); Berechnungen des WSI.

Wesentlich niedriger ist bekanntlich per se die Nettolohnquote *nach* der öffentlichen Umverteilung, die das Kaufkraftpotenzial der Arbeitseinkommen abbildet. Auch sie ist absolut in 2005 um 0,3 % gefallen – nach +2,5 % in 2004 und auch schon einmal –0,6 % in 2003. Und ihre Quote an allen privat verfügbaren Einkommen ist 2005 ebenfalls im Trend weiter gesunken (Tabelle 2). Sie könnte sogar im Verlauf des ganzen Jahres 2006 ebenfalls auf ein historisches, noch nie dagewesenes Tief von unter 40 % sinken. Letzteres gilt für die Nettolohnquote in Bezug auf das verfügbare Einkommen aller privaten Haushalte einschließlich der privaten Gewinneinkommen. Setzt man die Nettolohnneinkommen in Relation zum gesamten Volkseinkommen, also zum Bezugsrahmen in Tabelle 1 vor der öffentlichen Umverteilung, ist die Anteilsschwelle von 40 % schon seit

den späten 1980er Jahren unterschritten. Das heißt, in dieser Abgrenzung ist der Anteil der Nettoarbeitseinkommen am gesamtwirtschaftlichen Nachfragepotenzial schon seit geraumer Zeit erstaunlich gering; er beträgt 2005 nur noch 35,9 % und im ersten Halbjahr 2006 – in dem allerdings kaum Einkommenssonderzahlungen geleistet wurden – sogar nur 34,0 %.

Übrigens ist im Rahmen des verfügbaren Einkommens aller Haushalte auch der Anteil der monetären Sozialleistungen weiter gesunken. Letzteres ist der Sammelposten aus öffentlichen und privaten Transfers, denen im Wesentlichen Renten bzw. Pensionen, Arbeitslosengeld und ALG II-Zahlungen zugerechnet werden, die weitestgehend aus den Sozialversicherungsbeiträgen und Lohnsteuern im Rahmen der Bruttolohnquote finanziert werden. Gestiegen ist dagegen erneut und auch im

Trend der letzten Jahre die Nettoquote der Gewinn- und Vermögenseinkommen am gesamten privat verfügbaren Einkommen. Der Anstieg reflektiert gestiegene Unternehmensgewinne, während er bis zum Börsencrash vor einigen Jahren vor allem von den stark zugenommenen Vermögenseinkommen geprägt war.

Tabelle 3 verdeutlicht den Beitrag der fiskalischen Verantwortung für das seit Langem anhaltende Auseinanderdriften der Makro-Verteilung. Die Beitragsbelastung der Lohneinkommen nimmt seit 2001 trotz der Senkungsbestrebungen der Bundesregierungen langsam (wieder) zu – und erreicht möglicherweise für 2006 insgesamt ebenfalls ein Hoch, nachdem das erste Halbjahr 2006 schon eine durchschnittliche Belastung von 17,4 % signalisiert. Die spürbare Erhöhung in 2005 ist, wie schon angedeutet, im Wesentlichen auf die Ab-

Tabelle 3: Abgabenbelastung von Arbeits- und Kapitaleinkommen der privaten Haushalte – Deutschland

Jahr	Lohnsteuerbelastung der Bruttolöhne und -gehälter ¹⁾ %	Beitragsbelastung der Bruttolöhne und -gehälter ²⁾ %	Belastung durch direkte Steuern auf Gewinn- und Vermögenseinkommen ³⁾ %	Belastung durch Sozialbeiträge auf Gewinn- und Vermögenseinkommen ⁴⁾ %
1960	6,3	9,4	20,0	3,0
1970	11,8	10,7	16,1	2,9
1980	15,8	12,8	15,3	3,9
1990	16,2	14,2	9,8	3,0
– alte und neue Bundesländer –				
1991	16,3	14,3	8,1	3,1
1995	18,7	15,6	4,9	3,5
1996	19,3	16,0	4,2	4,0
1997	19,5	16,8	3,4	3,7
1998	19,5	16,6	4,7	3,6
1999	19,6	16,4	6,2	3,5
2000	19,4	16,1	7,7	3,5
2001	18,6	16,0	7,7	3,4
2002	18,7	16,1	6,7	3,4
2003	18,7	16,5	5,6	3,1
2004	17,6	16,5	5,4	3,1
2005	17,3	16,7	6,0	2,9
2006 1.Hj.	18,0	17,4	–	–

1) Dividend und Divisor aus den absoluten Zahlen für Tabelle 2, Spalte 3 und 4. – 2) Dividend und Divisor aus den absoluten Zahlen für Tabelle 2, Spalte 3 und 5. – 3) Dividend und Divisor aus den absoluten Zahlen für Tabelle 2, Spalte 9 plus 10 und Spalte 11. – 4) Dividend und Divisor aus den absoluten Zahlen für Tabelle 2, Spalte 9 plus 10 und Spalte 12.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18, Stand: Aug. 2006); Berechnungen des WSI.

WSI Hans Böckler Stiftung

kehr von der paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung zurückzuführen, die Arbeitgeber entlastet und Arbeitnehmer zusätzlich belastet hat. Der Belastungsanstieg bei den Beiträgen kompensiert nach wie vor teilweise den leichten Belastungsrückgang bei der Lohnsteuer als Ausfluss der Rot-Grünen Steuerreformen. Allerdings scheint der Reformeffekt schon wieder abzuklingen, wie die Belastungssteigerung im ersten Halbjahr 2006 gegenüber dem Vorjahreshalbjahr zeigt. Dagegen bleibt die durchschnittliche Belastung der privaten Gewinn- und Vermögenseinkommen mit direkten Steuern auf einem sehr niedrigen Niveau. Selbst die erhebliche Gewinnzunahme der Unternehmen 2005, insbesondere der Kapitalgesellschaften (Abschnitt 1.2), scheint auf der privaten Ebene bzw. bei den persönlichen (Anteils)Eignern der Unternehmen nicht sonderlich auf deren steuerliche Belastung durchzuschlagen. Letztere stieg gegenüber dem Vorjahr in 2005 nur um 0,6 Prozentpunkte auf 6,0 %.

1.2 GEWINNE DER KAPITALGESELLSCHAFTEN

Noch deutlicher als alle Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen auf

volkswirtschaftlicher Ebene sind in 2005 erneut die vom Statistischen Bundesamt ausgewiesenen Gewinne der Kapitalgesellschaften gestiegen: um 11,5 % - nach schon sehr guten 15,1 % in 2004 (Tabelle 4).¹ Und die für das erste Halbjahr 2006 vorliegenden Informationen außerhalb der amtlichen Statistik belegen offensichtlich, dass sich diese überaus gute Gewinnentwicklung fortsetzt. Die wichtigsten Indikatoren dafür sind die veröffentlichten Gewinnergebnisse der börsennotierten Unternehmen – und in ihrem Gefolge die bekannt gewordenen, teilweise exorbitanten Steigerungen von Managergehältern –, aber auch die kräftig gestiegenen Einnahmen des Fiskus im bisherigen Jahresverlauf aus Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer. In dieselbe Richtung weist die Liquiditätsentwicklung der Kapitalgesellschaften, die neben den – kleineren – Gewinnen auch die – größeren – Möglichkeiten zur Sach- und Geldvermögensbildung abbildet und für 2005 wie für die meisten Vorjahre eine sehr positive Lage der Unternehmen bestätigt. So legte die gesamte Vermögensbildung der Produktionsunternehmen unter den Kapitalgesellschaften laut Deutsche Bundesbank (2006a, S. 21) in 2005 um rund 16 % zu, wobei dieser Zuwachs zu über 90 % aus eigenen erwirtschafteten Mitteln bestritten

werden konnte, dem „zweithöchsten Wert seit 1991“ (2006a, S. 22).² Und schließlich gilt diese sehr gute Unternehmenssituation nicht mehr bzw. nicht nur für die großen Unternehmen, sondern offenbar auch für den Mittelstand (so eine Studie des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands 2006).

Leider kann die amtliche Statistik, wie hier häufig betont, die tatsächlich gezahlten Steuern – und die dazu gehörigen Gewinne – der verschiedenen Gruppen von Kapitalgesellschaften ebenso wenig transparent machen wie die der Personengesellschaften. Dieses Ärgernis trägt mit dazu bei, dass in der Öffentlichkeit immer wieder eine hohe Belastung der deutschen Unternehmen mit direkten Steuern behauptet werden kann. Insbesondere wird mutwillig fälschlich der formale Steuersatz auf die relativ kleine und vor allem gestaltbare steuerliche Bemessungsgrundlage gleichgesetzt mit der tatsächlichen Steuerlast auf eine weit größere ökonomische Bemessungsgrundlage. Dieses Ärgernis auszugleichen, bemüht sich seit Jahren die finanzwissenschaftliche Forschung mit unterschiedlichen Ansätzen und Schätzmethoden. Im letztjährigen WSI-Verteilungsbericht wurden davon zwei erwähnt und im Ergebnis dargestellt (Schäfer 2005a, S. 607, Tabelle 5). Einer dieser Ansätze liegt inzwischen in einer aktualisierten Form vor (Jarass/Obermair 2006); er kommt zu dem Schluss, dass die effektive Steuerlast der deutschen Kapitalgesellschaften in 2005 bei durchschnittlich 16 % liegt (Jarass/Obermair 2006 S. 21ff.) und auch im internationalen Vergleich keinerlei Anlass zum Jammern gibt. Die günstige deutsche Position im internationalen Steuerranking bestätigt eine andere aktuelle Studie zur Steuerlast von Kapitalgesellschaften auf Basis von EU-Steuerdaten (Grözinger 2006, S. 41): „Erstens

1 Die Gewinnentwicklung in 2004 für die Kapitalgesellschaften gemäß VGR wird auf Basis der Bilanzstatistik der Deutschen Bundesbank auch für alle Unternehmen in 2004 bestätigt. Laut Deutsche Bundesbank (2006b) nahmen deren Gewinne im Durchschnitt um 11 % vor Steuern (S. 60) und sogar um 12 % nach Steuern (S. 61) zu. Allerdings meint die Bundesbank, diese Entwicklung relativieren zu müssen: „Im Durchschnitt betrachtet, haben die Ertragsverhältnisse im Jahr 2004 wieder ihre Normalsituation erreicht“ (S. 61).

2 Zur ebenfalls sehr guten Gewinn- und Vermögensbildungssituation der deutschen Kreditinstitute unter den Kapitalgesellschaften siehe Deutsche Bundesbank 2006c.

.... die Angaben der EU-„Revenue Statistics“ geben (auch bei Berücksichtigung der relativen Seltenheit von Kapitalgesellschaften unter den Unternehmen in Deutschland gegenüber dem Ausland) tatsächlich einen nur wenig verzerrten Eindruck von der Stellung Deutschlands (bei der Besteuerung von Kapitalgesellschaften) wieder. Zweitens ist Deutschland zu einem Niedrigsteuerland nicht nur in den letzten Jahren geworden, es ist es im Grunde seit Beginn der Vergleichsdaten in 1991“.³

Tatsächlich liegen darüber hinaus seit Langem auch in den WSI-Verteilungsberichten zitierte Indizien vor, die statt weiterer Steuerentlastung der Unternehmen eher Steuererhöhungen rechtfertigen. So begünstigen die immer wieder auch amtlicherseits beklagten Defizite bei Steuervollzug und Steuerkontrolle weit überwiegend die Unternehmen und darunter insbesondere die Kapitalgesellschaften: Neue Belege dafür sind Studien über die konzernintern angewandten Gestaltungstricks der Kapitalgesellschaften mit der Folge erheblicher Steuerausfälle (Handelsblatt 2006a)⁴ oder die Klagen des Bundesfinanzministeriums (BMF) über das steuersparende Gewinnverschieben ins Ausland (Handelsblatt 2006b). Weitere Beispiele sind die Bilanzierung der steuerlichen Betriebsprüfungen (BMF 2006; SZ 2006) oder die teilweise heftige Kritik von Bundes- und Landesrechnungshöfen am „ungerechten“, weil weder gleichmäßig wirkenden noch an der steuerlichen Leistungsfähigkeit orientierten System des tatsächlichen Steuererhebungsprozesses (Bundesrechnungshof 2006a und b; Landesrechnungshof Hessen 2006).

2

Bruttolöhne im Ost-West-Vergleich

Die bisherigen Ausführungen bezogen sich auf die Makro-Ebene, das heißt den gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt, hinter dem sich je nach Differenzierungskriterium mehr oder weniger unterschiedliche Entwicklungen in einzelnen Wirtschaftsbereichen, Branchen, Regionen und schließlich auch Personengruppen verbergen. Doch bevor insbesondere auf die personelle Verteilung in Abschnitt 3 dieses Beitrags eingegangen wird, soll hier angesichts der nach wie vor großen Unterschiede noch ein

Tabelle 4: (Amtliche) Gewinne und Steuern der Kapitalgesellschaften – Deutschland

Jahr	Brutto-Unternehmensgewinne ^{1) 2)}		Direkte Steuern ³⁾ Kap.Ges.i.e. S. ¹⁾	Netto-Unternehmensgewinne		Durchschnittliche Steuerbelastung Kap.Ges.i.e.S ¹⁾ % ⁴⁾
	Mrd. €	Veränderung %		Mrd. €	Mrd. €	
– alte Bundesländer –						
1980	39,51	-1,1	12,93	26,24	+1,2	33,6
1985	68,01	+6,2	20,05	47,95	+3,2	29,5
1990	93,59	+11,7	19,78	73,81	+19,8	21,1
1991	103,65	+10,8	21,26	82,39	+11,6	20,5
1992	109,06	+5,2	21,36	87,70	+6,4	19,6
1993	112,73	+3,4	20,68	92,06	+5,0	18,3
– alte und neue Bundesländer –						
1991	195,80	-	21,87	-	-	-
1992	189,45	-3,2	22,19	-	-	-
1993	178,16	-6,0	22,66	-	-	-
1994	218,16	+22,5	19,54	-	-	-
1995	230,48	+5,6	18,60	-	-	-
1996	238,43	+3,4	24,34	-	-	-
1997	266,34	+11,7	24,61	-	-	-
1998	300,69	+12,9	26,68	-	-	-
1999	288,46	-4,1	30,22	-	-	-
2000	304,64	+5,6	34,59	-	-	-
2001	320,98	+5,4	12,25	-	-	-
2002	326,16	+1,6	12,46	-	-	-
2003	327,39	+0,4	16,19	-	-	-
2004	376,76	+15,1	20,80	-	-	-
2005	419,96	+11,5	24,67	-	-	-

1) 1980–1993 für Westdeutschland Angaben zu „Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit“ bzw. Kapitalgesellschaften im engeren Sinn (AG, GmbH u.ä.) nach dem aufgegebenen deutschen System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. –

2) Ab 1991 für Deutschland: für Kapitalgesellschaften im engeren Sinn (s. FN 1) und im weiteren Sinn (Quasi-Kapitalgesellschaften wie oHG, KG, u.ä.) nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (EVSG). – 3) Körperschaftsteuer und sonstige direkte Steuern einschließlich Vermögensteuer, aber nur von den Kapitalgesellschaften im engeren Sinn. – 4) In % des Brutto-Gewinns.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18, Stand: Aug. 2006); Berechnungen des WSI.

WSI Hans Böckler Stiftung

Blick auf die allgemeine Lohnentwicklung in Ost- und Westdeutschland geworfen werden. Der entsprechende regionale Vergleich soll aber nicht bedeuten, dass eine Analyse der Lohnentwicklung nach anderen regionalen Kriterien – und im Ergebnis (laut Brenke 2006) zunehmende Lohnspreizung – zu vernachlässigen ist.⁵

In Tabelle 5 werden die Bruttolohnniveaus und ihre Entwicklung in Ost und West dargestellt und mit den jeweiligen Preissteigerungsraten verglichen, die seit einigen Jahren nur noch auf Bundesländerebene bestimmt und für die Großregionen hilfsweise zusammengefasst werden. Die Lohnniveaus beziehen sich auf den Durchschnitt aller Beschäftigungsverhältnisse, der in Westdeutschland wesentlich stärker als in Ostdeutschland von Teilzeit und anderen, tendenziell prekären Jobs geprägt ist. Es zeigt sich, dass in 2005 der nominale Lohnzuwachs in beiden Großregionen mit jeweils plus 0,3 % wesentlich unter den durchschnittlichen Tariferhöhungen wie Preissteigerungen blieb. Entsprechend groß war der jeweilige Reallohnverlust, wie

er vor allem in Westdeutschland auch in vielen Vorjahren zu verzeichnen war.

Tabelle 6 bezieht sich ausschließlich auf Vollzeitbeschäftigte und erlaubt deshalb einen genaueren Lohnvergleich zwischen West und Ost für zusammengefasste Bereiche aus den generell von der Verdienststatistik des Statistischen Bundesamtes dar-

3 Grözinger (2006, S. 41) kritisiert gleichzeitig verbreitete andere Herangehensweisen: „Wenn dagegen viele andere Analysen zu dem Schluss kommen, dass bei der Gewinnbesteuerung Deutschland weiter eigentlich ein Hochsteuerland sei, dann liegt dies eben an der Orientierung an schematisierten Modelfällen und der dadurch nicht ausreichend möglichen Berücksichtigung der Verwerfungen durch die hier vorliegenden Gestaltungsmöglichkeiten bei der Bemessungsgrundlage“.

4 Das Handelsblatt erstellte die Analyse zusammen mit dem Institut für Wirtschaftsprüfung an der Universität Saarbrücken und der Unternehmensberatung Mercer Management Consulting auf Basis von 130 Konzernbilanzen.

5 Zur Brutto- und Reallohnentwicklung in ganz Deutschland sowie zum Lohnstückkostenvergleich mit dem Ausland siehe z. B. Schulten (2006).

Tabelle 5: Gesamtwirtschaftliche Arbeitseinkommen¹⁾ – Deutschland, West- und Ostdeutschland

Jahr	Deutschland				Westdeutschland				Ostdeutschland				
	Bruttolöhne und -gehälter		Lohnsteuer	Sozialabgaben	Nettolöhne und -gehälter		Bruttolöhne und -gehälter		Preissteigerung ⁴⁾ % 2)	Tarif erhöhung % 2)	Bruttolöhne und -gehälter		Preissteigerung ⁴⁾ % 2)
	€	% 2)	% 3)	% 3)	€	% 2)	€	% 2)	% 2)	€	% 2)	% 2)	% 2)
1997	2.017	+ 0,1	19,5	16,8	1.285	- 1,3	2.099	+ 0,1	+ 1,8	+ 1,4	1.582	+ 0,5	+ 0,2
1998	2.036	+ 0,9	19,5	16,6	1.300	+ 1,2	2.116	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,7	1.600	+ 1,1	+ 0,9
1999	2.065	+ 1,4	19,6	16,4	1.323	+ 1,8	2.142	+ 1,2	+ 0,7	+ 2,9	1.637	+ 2,3	+ 0,4
2000	2.096	+ 1,5	19,4	16,1	1.351	+ 2,1	2.169	+ 1,2	+ 1,7	+ 2,4	1.668	+ 1,9	+ 1,7
2001	2.134	+ 1,8	18,6	16,0	1.396	+ 3,3	2.206	+ 1,7	+ 2,0	+ 2,1	1.699	+ 1,8	+ 2,3
2002	2.163	+ 1,4	18,7	16,1	1.410	+ 1,0	2.234	+ 1,3	+ 1,5	+ 2,6	1.725	+ 1,6	+ 2,9
2003	2.190	+ 1,2	18,7	16,5	1.419	+ 0,6	2.259	+ 1,1	+ 1,1	+ 2,4	1.750	+ 1,4	+ 3,0
2004	2.204	+ 0,6	17,6	16,5	1.454	+ 2,5	2.268	+ 0,4	+ 1,6	+ 1,9	1.764	+ 0,8	+ 2,0
2005	2.210	+ 0,3	17,3	16,7	1.458	+ 0,3	2.275	+ 0,3	+ 1,9	+ 1,6	1.769	+ 0,3	+ 2,2
2006 1.Hj	2.120	+ 0,2	18,0	17,4	1.370	- 1,3	- 5)	- 5)	+ 1,9	+ 1,5 ⁶⁾	- 5)	- 5)	+ 2,2
													+ 1,6 ⁶⁾

1) Pro Kopf und Monat der beschäftigten Arbeitnehmer (Inlandskonzept) einschl. Zahl der geringfügig und anderweitig prekär Beschäftigten. Rechenstand für Deutschland August 2006. Für West und Ost Rechenstand Februar 2006. Westdeutschland einschl. Ostberlin, Ostdeutschland ohne Ostberlin. – 2) Veränderung gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Die Tariferhöhungen sind Angaben des WSI-Tarifarchivs. – 3) Anteil der Lohnsteuern bzw. der Sozialabgaben an den durchschnittlichen Bruttolöhnen und -gehältern. – 4) Bis 2000: Preisindex für die Lebenshaltung eines 4-Personen-Haushalts von Arbeitern und Angestellten mit mittleren Einkommen in Westdeutschland bzw. Ostdeutschland. Ab 2001: Verbraucherpreisindex nach Bundesländern vom Statistischen Bundesamt zusammengesetzt für West- und Ostdeutschland ohne Berlin. – 5) Die Steigerungsraten des 1. Halbjahres werden vom VGR-Arbeitskreis der Statistischen Landesämter erst Ende des Jahres veröffentlicht. – 6) Tariferhöhung im 1. Halbjahr lt. WSI-Tarifarchiv; sie entspricht erfahrungsgemäß weitgehend der Veränderung auf Jahresbasis, da die meisten Tarifrunden im 1. Halbjahr abgeschlossen werden.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Fachserie 17 und 18, Stand August 2006); VGR-Arbeitskreis der Statistischen Landesämter; Berechnungen des WSI.

Tabelle 6: Effektive Arbeitseinkommen von Vollzeitbeschäftigte in Industrie, Handel¹⁾, Kreditinstituten¹⁾, Versicherungsgewerbe¹⁾ pro Monat – Ergebnisse der Verdienststatistik in DM bzw. EURO (ab 2001) und %²⁾ –

Wirtschaftsbereich Geschlecht	1991		1996		1998		2001		2004		2005		
	JD ⁶⁾ West	JD ⁶⁾ Ost											
Industrie ³⁾	3672	50,3	4330	75,4	4488	75,7	2439	73,6	2594	74,0	2626	74,6	2882
– Männer	3867	49,7	4519	74,4	4674	74,9	2530	73,6	2681	74,4	2712	75,1	2974
– Frauen	2737	54,1	3268	79,6	3403	81,2	1868	77,0	1997	77,9	2024	78,4	2218
darunter: Hoch- und Tiefbau ⁴⁾	3802	63,4	4436	76,4	4468	75,8	2388	74,2	2488	74,6	2479	76,6	2531
Angestellte													
Industrie ³⁾ sowie Handel ⁵⁾ , Kredit- und Versicherungsgewerbe	4651	44,8	5481	72,8	5721	74,2	3175	76,2	3470	74,1	3538	74,2	4005
Industrie ³⁾	5278	41,6	6357	72,8	6596	74,5	3601	74,0	3903	74,8	3972	74,6	4472
– Männer	5788	42,1	6920	75,0	7142	76,8	3896	77,0	4202	77,6	4271	77,3	4809
– Frauen	3884	49,0	4784	81,0	5028	81,9	2777	78,9	3037	79,4	3098	79,3	3449
darunter: Hoch- und Tiefbau ⁴⁾	5263	54,2	6225	77,6	6391	77,2	3416	73,7	3590	75,0	3576	75,1	3797
Handel ⁵⁾ , Kredit- u. Versicherungsgewerbe	3892	46,7	4666	73,6	4892	74,6	2744	76,1	3029	74,9	3088	75,3	3502
– Männer	4548	44,5	5307	71,6	5506	73,3	3089	73,7	3378	72,6	3430	79,9	3913
– Frauen	3220	55,2	3973	81,4	4184	83,6	2354	83,5	2553	82,7	2610	82,9	2920
Arbeiter und Angestellte zusammen													
Industrie ³⁾	4168	47,1	5035	72,5	5236	73,2	2843	71,3	3074	71,5	3129	71,7	3492
darunter: Hoch- und Tiefbau ⁴⁾	4045	61,8	4757	76,1	4841	75,5	2583	73,7	2707	74,2	2705	75,6	2829
													75,9

1) Nur Angestellte. – 2) Ostverdiente in % der Westverdiente. – 3) Einschließlich Hoch- und Tiefbau; ab 1996 bezeichnet mit „Produzierendes Gewerbe“. – 4) Vor 1996 mit Handwerk, ab 1996 ohne Handwerk. – 5) Ab 1996 einschließlich Instandsetzung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. – 6) Jahresdurchschnitt. – 7) Für 2005 nachrichtlich: einschließlich Jahressonderzahllungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Fachserie 16 – Verdienststatistik, Stand August 2006); Berechnungen des WSI.

stellbaren Branchen. Etliche der lohnstatistisch bisher nicht erfassbaren Dienstleistungsbereiche dürften allerdings zum Niedriglohnsektor zählen, sodass in *Tabelle 6* überwiegend die „besseren“ Lohnverhältnisse abgebildet werden.⁶⁾ Trotzdem sind gerade die Lohnniveaus in Ostdeutschland auch im Rahmen der *Tabelle 6* immer noch nicht „gut genug“. Sie hinken beim Verarbeitenden Gewerbe im Durchschnitt aller vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer in 2005 nach wie vor um rund 28 % hinter dem westdeutschen Niveau

her, wenn laufende Monatsentgelte zugrunde gelegt werden, und sogar um fast genau 30 % auf Basis von monatlich zusätzlich eingerechneten Jahressonderzahlungen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Genau genommen ist sogar jetzt im Vergleich zum durchschnittlichen Lohnniveau dieser Arbeitnehmergruppe in 1996 und 1998 ein kleiner Rückgang des relativen Ost-Niveaus zu verzeichnen. Dabei hat die ostdeutsche Produktivitätsentwicklung die dortige Lohnentwicklung inzwischen überholt und rechtfertigt auch von daher

nicht den genannten Lohnrückstand zum Westen. Die absoluten nominalen Lohnniveaus sind zwar *laut Tabelle 6* (fast) überall gestiegen; aber nach Abzug der Preissteigerungen (aus *Tabelle 5*) sind die Reallöhne 2005 bei den Vollzeitbeschäftigten ebenfalls gesunken. Das gilt insbeson-

⁶⁾ Zu deutlich niedrigeren Löhnen und Lohnkosten in den Dienstleistungen im Vergleich zur Industrie – auch im internationalen Vergleich – siehe IMK (2006a).

dere für den Baubereich, in dem in 2005 die Löhne ausnahmsweise auch absolut gesunken sind, wenn auch nur geringfügig. Be trachtet man übrigens alle Lohnkosten, also neben den ausgezahlten Bruttolöhnen auch die Lohnnebenkosten, dann beträgt das Kostengefälle vom Westen zum Osten zwar im gesamtregionalen Durchschnitt auch 28 %, ist aber in relevanten Wirtschaftsbereichen wesentlich größer: So liegt (laut Statistischem Bundesamt 2006a) das ostdeutsche Kostenniveau je Vollzeitbeschäftigt im Verarbeitenden Gewerbe bzw. der Industrie 2004 um 36,0 % unter dem Westniveau – je geleistete Arbeitsstunde sogar um 40,5 %, weil im Osten in diesem Wirtschaftsbereich 7,5 % mehr Arbeitsstunden anfielen als im Westen.

Diese Lohn- bzw. Lohnkostenentwicklung in Ostdeutschland mit ihrer seit zehn Jahren andauernden und Millionen Beschäftigte betreffenden erheblichen Differenz zu Westdeutschland ist das größte Niedriglohn-Experiment im nationalen und wahrscheinlich auch internationalen Rahmen. Es ist als gescheitert anzusehen, weil die durch den Lohnrückstand bzw. den Niedriglohn versprochenen Beschäftigungsgewinne und andere gesellschaftliche Vorteile nicht eingetreten sind. Das Gegen teil ist der Fall. Aber abgebrochen wird dieses Experiment trotzdem nicht, obwohl es inzwischen wegen seiner gesicherten negativen Ergebnisse gar nicht mehr als solches angesehen werden kann.

3

Die personelle Verteilung

Auch nach der Vorlage des 2. Armuts- und Reichtumsberichts Anfang 2005 reißt die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der personellen Verteilung nicht ab. Neue Analysen dazu bestätigen schon bekannte Einzelentwicklungen der Verteilung, ver mitteln aber auch für die Gesamtentwicklung eine durchaus veränderte Qualität: Die Ungleichheit nimmt stark zu; ins besondere Armut wächst schnell und verfestigt sich zugleich; davon ausgehende destabilisierende Wirkungen zeigen sich in mehrerer Hinsicht; dagegen bleiben positive Impulse von Lohn(kosten)- und Steuern senkungen weiterhin aus. Dieser Befund soll im Folgenden kurz für zwei Ebenen der personellen Ungleichheit belegt werden: den Niedriglohnsektor mit unzulänglichen

individuellen Markteinkommen und die personelle Armut im Rahmen privater Haushaltseinkommen.

3.1 INDIVIDUELLE NIEDRIGLÖHNE

Die Niedriglohnproblematik soll hier nur komprimiert beschrieben werden (zu Details siehe zuletzt Rhein/Stamm 2006; Bosch/Weinkopf 2006a; Jaehrling et al. 2006b; Sterkel et al. 2006; Schettkat 2006). Trotz methodisch unterschiedlicher Abgrenzung von Niedriglöhnen nach wissenschaftlich-quantitativen Kriterien sind sich alle Studien qualitativ im Wesentlichen einig:⁷ Betroffen sind mindestens mehrere Millionen Personen sowohl in Vollzeit wie in Teilzeit einschließlich geringfügiger Beschäftigung; ihre Zahl wächst seit Jahren; ihre Chance zur Überwindung der Niedriglohnswelle sinkt gleichzeitig; ihre persönliche „Schuld“ am Mindestlohnbezug ist ein öffentlich gepflegtes, aber durch die Empirie widerlegtes Vorurteil, weil rund zwei Drittel aller Niedriglöhner eine Berufsausbildung oder sogar zum geringen Teil eine Hochschulbildung besitzen; ihre Produktivität ist also in der Regel weit höher als ihre mäßige Bezahlung suggeriert. In einer neueren Untersuchung von Irene Becker (2006a) sind diese und andere Aspekte des Niedriglohnsektors noch einmal auf Basis von Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) sowie Sozioökonomischem Panel (SOEP) zusammengefasst, ergänzt und aktualisiert worden. Es bleibt zu erwähnen, dass der Niedriglohnsektor durchaus heterogen ist bzw. unterschiedliche Einkommensgruppen mit spezifischen Lebenslagen aufweist, die aus WSI-Sicht zumindest durch die Unterscheidung zwischen prekären Niedriglöhnen (z. B. zwischen 50 bis unter 75 % des Vollzeit-Lohndurchschnitts) und armuts erzeugenden Niedriglöhnen (unter 50 % des Durchschnitts) berücksichtigt werden müssen.

Der Armutslohnsektor in einer anderen, nämlich institutionell-normativen Abgrenzung war kürzlich Gegenstand einer Untersuchung, die die „amtliche Lohnarmut“ im Rahmen von ergänzender Sozialhilfe bzw. ALG II-Leistungen geprüft hat. Irene Becker (2006b) hat dazu im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung auf Basis des SOEP die offiziellen Anspruchskriterien mit den gegebenen niedrigen Einkommen von Erwerbstägigen und ihren Haushalten für das Jahr 2004 kurz vor der Hartz IV-Re

form verglichen. Im Ergebnis gilt der Anspruch zur Aufstockung eines niedrigen Erwerbseinkommens für 2,8 Mio. Geringverdiener; er wird aber bis heute laut Bundesagentur für Arbeit nur von 0,9 Mio. Personen realisiert, während 1,9 Mio. den Anspruch offenbar nicht einlösen. Inzwischen dürfte die Zahl der „verborgenen“ Anspruchsberechtigten noch höher sein als 2004, weil seither von weiteren Einkommensverlusten bzw. einer weiteren Ausdehnung des Niedriglohnsektors ausgegangen werden kann. Nach dieser Untersuchung bestehen die Ansprüche, deren Kriterien auf die Lage der gesamten Familie abstellen, zwar teilweise wegen des Bedarfs von Partnern und Kindern im Haushalt. Aber auch dahinter stehen meist geringe Markteinkommen, und zwar nicht nur solche aus Teilzeitbeschäftigung. In immerhin 1,5 Mio. anspruchsberechtigten Fällen schützt auch eine Vollzeitstelle nicht vor (amtlicher) Bedürftigkeit. Die Gründe für die hohe Nicht-Inanspruchnahme von zustehenden öffentlichen Leistungen dürften in erster Linie Unkenntnis, aber auch Scham sein. Beides zeigt in jedem Fall, wie abwegig der Vorwurf des verbreiteten Missbrauchs öffentlicher Leistungen ist; vielmehr mühen sich die erwähnten Kreise mit niedrigen Markteinkommen trotz (Vollzeit)Arbeit ab.

Tatsächlich leiden die betroffenen Geringverdiener – und ihre Familien – nicht nur unter den niedrigen Einkommen, die selbst nach einer Aufstockung durch ergänzende Sozialhilfe immer noch unter der im 2. Armuts- und Reichtumsbericht nach relativen Armutsbegriffen festgestellten Armutsgrenze von 935 € pro Person liegen können. Zunehmend weisen Studien auf die besondere Risikokumulation bei Geringverdienern hin, die neben niedrigem materiellen Handlungsspielraum auch gesundheitsbelastende Arbeitsbedingungen und geringe berufliche wie private Entwicklungsperspektiven sowie generell Verunsicherung betreffen (so z. B. INIFES 2006). Insofern ist der Niedriglohnsektor nur Teil eines „Prekariats“ in der Arbeitswelt, dessen Ursachen und Folgen auch von Brinkmann et al. (2006) ausführlich erhöhen wurden. Das „Prekariat“ wiederum bil

⁷ Zur Gegenüberstellung von Niedriglohnstudien mit unterschiedlichen Quantitäten, aber gemeinsamen Qualitäten des Niedriglohnsektors s. Schäffer 2006.

det einen wichtigen Ausschnitt im Rahmen aller sozial Benachteiligten, Ausgegrenzten und Armen auf Haushaltsebene ab.

3.2 FAMILIÄRE ARMUTSEINKOMMEN

Für die nach relativen Einkommensbegriffen abgrenzbare Armutspopulation auf Haushaltsebene gilt übrigens ebenso wie für den Niedriglohnsektor auf individueller Ebene: Sie wächst, und mit ihr die Aussicht, in der Armut länger zu verweilen bzw. aus ihr seltener herauszukommen (Statistisches Bundesamt 2006b, S. 608ff., 620ff.; Nationale Armutskonferenz 2006). Nach kürzlichen, noch unveröffentlichten Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) auf Grundlage des SOEP für 2005 ist die Armutssquote in Deutschland zuletzt sogar stark auf 17,4 % der Bevölkerung gestiegen (Schmid 2006), nachdem sie im Armuts- und Reichtumsbericht noch auf 13,5 % für 2003 und auf 12,1 % für 1998 veranschlagt wurde. Allerdings beziehen sich alle erwähnten Prozentangaben nur auf die sogenannte Einkommensentstehungs-Armut, also die Personen und Haushalte mit einem a priori niedrigen oder fehlenden Markteinkommen. Hinzugerechnet werden muss die Einkommensverwendungs-Armut der Gruppen, die auch ein teilweise mittleres oder sogar höheres Markteinkommen erzielen, aber wegen Überschuldung nur noch einen sehr geringen, eben armutserzeugenden Ausgabespieldraum haben (zu dieser Unterscheidung vgl. schon früher Schäfer 2005b). Im letzten Armuts- und Reichtumsbericht wurde die Überschuldungsquote in Deutschland auf rund 8 % der Bevölkerung für 2003 geschätzt. Aktuell lassen von mehreren Seiten gelieferte Indizien einen kräftigen Anstieg der Überschuldung vermuten (z. B. Schuldenreport von Caritas et al. 2006; Creditreform 2006).⁸ Deshalb dürfte die wahre Armutssquote in Deutschland inzwischen über 20 % betragen, weil sie aus Einkommensentstehungs-Armut und Einkommensverwendungs-Armut zusammengesetzt werden muss, mit einem allerdings vermutlich großen Überschneidungsbereich zwischen den beiden Armutskategorien.

So problematisch wie der Anstieg der Armutssquote ist ihre Struktur, die sehr stark von Familien mit Kindern geprägt wird (z. B. Statistisches Bundesamt 2006b, S. 216ff.). Vor allem die Kinderarmut ist sehr stark gestiegen (so auch der Deutsche

Kinderschutzbund 2006). Und am Beispiel gerade armer Kinder kann wiederum deutlich werden, dass Armut weit mehr ist als „nur“ Einkommensarmut, nämlich tendenziell Ausschluss vom sozialen Leben mit weitreichenden negativen Folgen für direkt und indirekt Betroffene. Die multiplen Belastungen der Kinder durch Armut – Mangel- und Fehlernährung, Fettleibigkeit und Krankheitsanfälligkeit, soziale Vereinzelung und „Ächtung“, Unterstützungsdefizite in der Familie, Konzentrationsstörungen, schulische Leistungsschwächen und baldige Selektion zu „nicht-weiterführenden“ Schulen, ausbleibende Schulabschlüsse und fehlende berufliche Qualifikationen – werden eher früher als später auch zu multiplen gesellschaftlichen Belastungen. Diesen Zusammenhang macht eine Studie der Arbeiterwohlfahrt (Holz et al. 2006) und deren beginnende Rezeption (Stolz-Willig 2006) eindrucksvoll deutlich.

Einen solchen Zusammenhang sehen im Prinzip auch die alte und die neue Bundesregierung. Aber sie verkürzen ihn erheblich und drehen vor allem Ursache-Wirkungs-Ketten um, wenn sie insbesondere in der Förderung von Bildungschancen den Schlüssel für die Bekämpfung von Armut, Arbeitslosigkeit und Benachteiligung am Arbeitsmarkt sehen.⁹ Tatsächlich aber können Bildungschancen gar nicht genutzt werden, wenn im und vor allem vor dem bildungsrelevanten Alter die materiellen Voraussetzungen für das Ergreifen und Ausschöpfen der Bildungschancen nicht gegeben, sondern genommen sind. Vielmehr zerstört gerade die regierungsamtliche Verteilungspolitik mehr und mehr diese materiellen Voraussetzungen, indem sie einen Großteil der Armut direkt durch öffentliche Leistungskürzungen und indirekt durch staatliche Ausgaben- und Steuerpolitik geschaffen hat.

3.3 WIRKUNGSKETTEN

Auch in diesem Punkt gibt es also eine Politikkontinuität von alter und neuer Bundesregierung – wie bei den übrigen Gebietskörperschaften. Sie gilt ebenfalls für die anhaltende Diskrepanz zwischen politischer Bildungs-Rhetorik und politischer Bildungs-Wirklichkeit. Schließlich ist die Letztere z. B. charakterisiert durch die Einführung von relativ hohen Studiengebühren und die davon schon ausgehende Abschreckung (AStA 2006), die drastische Herabsetzung des Elterngeldes bei Laufzeit

und Höhe der Geldleistungen für Studierende im Zuge der letzten Reform,¹⁰ Streichung der Lehrmittelfreiheit an Schulen, zu groÙe Klassen bzw. ungünstige Lehrer/Schüler-Relationen an Schulen und Hochschulen, steigende Kindergartengebühren, geringe Sachinvestitionen in Krippen- und Kindergartenplätze sowie Schulen und Hochschulen usw. Eine Elitenförderung, wie z. B. das jüngste Exzellenz-Programm für ausgewählte Hochschulen, kann das alles nicht wettmachen, sondern vertieft nur die gesellschaftliche Spaltung (so der Elitenforscher Hartmann 2006).

Noch augenfälliger Belege für eine Kontinuität, teilweise sogar eine Verschärfung der bisherigen Verteilungspolitik sind die großen Vorhaben der Großen Koalition: Mehrwertsteuererhöhung und Gesundheitsreform einerseits, Unternehmenssteuerreform und Erleichterungen bei Erbschafts- und Kapitalertragsteuer andererseits. Sie werden in ihrer jetzt bekanneten Form die Ungleichheit weiter vergröÙern, vor allem niedrige Einkommen erneut schmälern. So wird insbesondere die Mehrwertsteuererhöhung um drei Prozentpunkte die per Saldo regierungsseitig geplanten – aber zurzeit noch nicht definitiven – Entlastungen bei den Sozialversicherungsbeiträgen überkompensieren, zumal die Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung einen viel kleineren und zudem über Markteinkommen verfügenden Kreis betrifft als die Erhöhung der indirekten Steuern. Und auch deshalb werden die Maßnahmen schließlich Konjunktur, Arbeitsmarkt und Wachstum über eine geschwächte Binnennachfrage zusätzlich belasten (IMK 2006b).

Die ökonomischen Belastungen aber werden sich nicht nur in nächster, sondern auch in mittelfristiger Zukunft zeigen: Der Staat wird weiter unterfinanziert bleiben und harte wie weiche Infrastrukturmaß-

8 Nach Creditreform 2006 ist allein seit Oktober 2005 bis heute die Überschuldungsquote von 7,0 Mio. Personen (3,1 Mio. Haushalte) auf 7,2 Mio. Personen (3,4 Mio. Haushalte) gewachsen, was einer aktuellen Überschuldungsquote von 10,7 % der Bevölkerung entspricht.

9 Siehe den letzten Rot-Grünen Armuts- und Reichtumsbericht oder die Antwort der heutigen Bundesregierung (2006) auf eine aktuelle Bundestagsanfrage zu Ungleichheit in Deutschland.

10 Früher erhielten sie 24 Monate lang 450 € Erziehungsgeld, jetzt erhalten sie in der Regel den Sockelbetrag von 300 € Elterngeld für maximal 12 Monate plus eventuell zwei „Vätermonate“.

nahmen vernachlässigen; das Produktivitätspotenzial von Millionen in registrierter Arbeitslosigkeit oder stiller Reserve – darunter insbesondere von Vereinbarkeitsdefiziten betroffene Frauen – wird weiter nicht ausgeschöpft; Bildungs-, Qualifikations- und andere Defizite von vielen Kindern in heutiger Armut werden dazu kommen; wachsende Mängel in Infrastruktur und Arbeitskräftepotenzial werden die Wettbewerbsfähigkeit belasten; anhaltende soziale und ökonomische Unsicherheit werden die Bereitschaft zu Familiengründung und Kindern beeinträchtigen.

Die jetzige Bundesregierung kann bisher solche Wirkungen nicht erkennen, auch darin gleicht sie ihrer Vorgängerin. Wie diese will sie aus der Empirie ebenfalls nicht lernen, sondern unverdrossen weiter machen – obwohl die eindringlichste Kritik daran in Form des Vorwurfs der „Lebenslüge“ aus dem bisher eher besonders unkritischen Teil des Regierungslagers kommt. Zwar hat *Jürgen Rüttgers*, Ministerpräsident von NRW, diese Schmähung „nur“ auf die Steuersenkungspolitik gemünzt und die damit eben nicht erzeugten zusätzlichen Arbeitsplätze und Investitionen. Aber die vergangene wie die zukünftige Entlastungspolitik bei Steuern – und auch Sozialversicherungsbeiträgen – zugunsten von Unternehmensgewinnen und hohen Einkommen ist der Kern der neoliberalen Strategie, der auch die von den Einnahmeausfällen diktierte öffentli-

che Spar- und Leistungskürzungspolitik mit ihren Folgen überwiegend zu verantworten hat (siehe auch Vesper 2006; Hein/Truger 2006). Insofern trifft die „Lebenslüge“ weitgehend auf die gesamte Basis des Regierungshandelns und seiner Begründung zu.

die gerade im internationalen Vergleich zu Wirtschafts- und Gesellschaftskonstellationen mit relativ gleichmäßiger Verteilung wie insbesondere in Skandinavien berichtet werden (so zuletzt von Pontusson 2006; Jellen 2006).

Eine Prognose über zukünftige Einsichten in diese Erfahrungen und entsprechende Änderungen der Verteilungspolitik ist kaum möglich; dazu ist die Ausgangssituation zu ambivalent. Einerseits zeigt die kürzlich überraschend ausgebrochene öffentliche „Unterschichten“-Debatte, dass Politik und Medien sensibel werden können, wenn steigende Armut nicht nur nach wissenschaftlichen Abgrenzungen vermeldet, sondern auch von den Bürgern – und Wählern – selbst so empfunden und bestätigt wird. Andererseits zeigen die nur vorübergehende Aufregung um extrem steigende Managergehälter, die unterentwickelte Entrüstung über die reihenweise Verletzung von Berichtspflichten der Kapitalgesellschaften zur Managervergütung, (so die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (2006); Böckler-Impuls 2006), die kaum wahrgenommene Gerichtsklage mehrerer Bundestagsabgeordneter gegen das Gesetz zur Transparenz ihrer Nebeneinkünfte, die anhaltende Schuldzuweisung an Arme und Arbeitslose für ihre Lage und anderes mehr, wie verankert der Geist der „Lebenslügen“ ist.

4

Ceterum censeo: Umkehr der Verteilungspolitik

Insgesamt zeigen die jüngsten verfügbaren Daten und Entwicklungen erneut, dass Verteilungspolitik weit mehr ist als nur die Festlegung von öffentlichen Abgaben und Transfers. Sie belegen leider aber auch, wie tief die Verteilungspolitischen Strukturen mit destabilisierenden Wirkungen Wirtschaft und Gesellschaft schon durchdringen – und wie aufwändig bzw. wie komplex eine entsprechende Änderungsstrategie sein müsste. Aber dass eine solche Änderung umso dringender nötig – und möglich – ist, steht eigentlich immer weniger in Frage. Diese Position kann als „Ceterum censeo“ nicht häufig genug propagiert werden. Dafür sprechen die inzwischen langen, auch international negativen Erfahrungen mit ungleicher Verteilung, die in den WSI-Verteilungsberichten immer wieder referiert wurden. Dafür stehen ebenfalls umgekehrt die positiven Erfahrungen,

LITERATUR

- AStA Ruhr-Universität Bochum** (2006): Fatale Auswirkungen der Studiengebühren in NRW, Pressemeldung vom 25.10.
- Becker, I.** (2006a): Effektive Bruttostundenlöhne in Deutschland. Eine Verteilungsanalyse unter Aspekten der Leistungsgerechtigkeit unter besonderer Berücksichtigung des Niedriglohnsegments. Arbeitspapier 2 des Projekts „Soziale Gerechtigkeit“, Frankfurt a. M.
- Becker, I.** (2006b): Armut in Deutschland: Bevölkerungsgruppen unterhalb der ALG II-Grenze. Forschungsbericht an die Hans-Böckler-Stiftung, Riedstadt
- BMF – Bundesministerium der Finanzen** (2006): Ergebnisse der Steueraufwendung, in: Monatsbericht des BMF Juli, S. 57–60
- Böckler-Impuls** (2006): Managerbezüge – Undurchsichtige Erfolgskriterien, 15, S. 2
- Bosch, G./Weinkopf, C./Kalina, T.** (2006a): Gesetzliche Mindestlöhne auch in Deutschland? Expertise im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Gelsenkirchen
- Brenke, K.** (2006): Zunehmende regionale Einkommensunterschiede in Deutschland, aber starke Ausgleichswirkungen durch Pendlereinkommen und Sozialtransfers, in: Wochenbericht des DIW 11, S. 141–150
- Brinkmann, U./Dörre, K./Röbenack, S./Kraemer, K./Speidel, F.** (2006): Prekäre Arbeit – Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse, Untersuchung für die Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn
- Bundesrechnungshof** (2006a): Probleme beim Vollzug der Steuergesetze. Band 13 der Schriftenreihe des Präsidenten des Bundesrechnungshofes als Bundesbeauftragter für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung, Stuttgart
- Bundesrechnungshof** (2006b): Konsequente Finanzkontrolle führt zu Einsparungen und gerechterem Steuervollzug – Bundesrechnungshof veröffentlicht Ergebnisbericht 2006, Pressemeldung vom 26.07., Bonn
- Bundesregierung** (2006): Wachsende soziale Ungleichheit in Deutschland. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Schui, Höll, Kipping, weitere Abgeordnete und der Fraktion Die Linke, in: Bundestags-Drucksache 16/2388

- Caritas/Diakonie/Rotes Kreuz/Verbraucherzentrale** (2006): Schuldenreport 2006. Schriftenreihe des Bundesverbandes zur Verbraucherpolitik, Band 7, Berlin
- Creditreform** (2006), zitiert nach Frankfurter Rundschau vom 03.11.2006: Creditreform schlägt Alarm – „Schuldenghettos“ entstehen
- Deutsche Bundesbank** (2006a): Vermögensbildung und Finanzierung im Jahr 2005, in: Monatsbericht der Deutschen Bundesbank Juni, S. 15–33
- Deutsche Bundesbank** (2006b): Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2004, in: Monatsbericht der Deutschen Bundesbank Juni, S. 55–79
- Deutsche Bundesbank** (2006c): Die Ertragslage der Deutschen Kreditinstitute im Jahr 2005, in: Monatsbericht der Deutschen Bundesbank September, S. 15–31
- Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz** (2006) zitiert nach Frankfurter Rundschau vom 17.10.2006: Über den Vorstandsbezügen liegt ein Schleier
- Deutscher Kinderschutzbund** (2006): Resolution „Kinder in Armut“ – der Deutsche Kinderschutzbund fordert Kurswechsel der Politik, Pressemeldung vom 15.05.2006
- Deutscher Sparkassen- und Giroverband** (2006), zitiert nach Frankfurter Rundschau vom 27.01.2006: Mittelstand – Studie belegt Trendwende (bei der Eigenkapitalausstattung)
- Grözinger, G.** (2006): Zur Gewinnsteuerbelastung von Kapitalgesellschaften. Ein internationaler Vergleich auf der Grundlage faktischer Steuerzahlungen. Forschungsbericht für die Hans-Böckler-Stiftung, Flensburg
- Handelsblatt** (2006a): Handelsblatt Firmencheck – Geschickt gesteuert, vom 26.09.
- Handelsblatt** (2006b): Streit um Gewinnverlagerung ins Ausland, vom 15.08.
- Hartmann, M.** (2006): Eliteuniversitäten sind Ausdruck der gesellschaftlichen Spaltung. Interview in: Telepolis vom 23.10.2006 (<http://www.heise.de/tp/r4/artikel/23/23772/1.html>)
- Hein, E./ Truger, A.** (2006): Die deutsche Stagnation – ein Lehrstück makroökonomischen Missmanagements, in: Schäfer, C./Seifert, H. (Hrsg.): Kein bisschen leise – 60 Jahre WSI, S. 41–56, im Erscheinen
- Holz, G./Richter, A./Wüstendorfer, W./Giering, D.** (2006): Zukunfts-chancen für Kinder? – Wirkung von Armut bis zum Ende der Grundschul-zeit. Zusammenfassung des Endberichts der 3. Phase der Studie von Ar-beiterwohlfahrt und Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V., Bonn
- IMK – Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung** (2006a): Arbeitskosten in Deutschland bisher überschätzt – Auswertung der neuen Eurostat-Statistik, in: IMK-Report 11, Juni, Düsseldorf
- IMK – Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung** (2006b): Der Aufschwung – schon vorbei? Herbst-Prognose für 2006 und 2007, in: IMK-Report 14, Oktober, Düsseldorf
- INIFES – Internationales Institut für Empirische Sozialökonomie** (2006): Was ist gute Arbeit? Anforderungen aus der Sicht von Erwerbstätigen. Forschungsbericht an die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeits-medizin, Stadtbergen
- Jaehrling, K./Kalina, T./Vanselow, A./Voss-Dahm, D.** (2006): Niedriglohnarbeit in der Praxis – Arbeit in Häppchen für wenig Geld, in: Sterkel, G./Schulten, T./Wiedemuth, J. (Hrsg.): Niedriglöhne in Deutschland, Hamburg
- Jarass, L./Obermair, G. M.** (2006): Unternehmenssteuerreform 2008 – Kosten und Nutzen der Reformvorschläge, Münster
- Jellen, R.** (2006): Die Zukunft des Sozialstaats in Europa – 1. Teil. Die Quadratur des Kreises: Schweden, in: Telepolis vom 13.10 (<http://www.heise.de/tp/r4/artikel/23/23728/1.html>)
- Landesrechnungshof Hessen** (2006) zitiert nach Frankfurter Rundschau vom 24.05.2006: Besserverdienende intensiver überprüfen
- Nationale Armutskonferenz** (2006): Hartz IV – Armut breitet sich aus, Pressemitteilung der Nationalen Armutskonferenz vom 28.03.
- Pontusson, J.** (2006): Wohin steuert das soziale Europa?, in: WSI-Mitteilungen 10, S. 532–539
- Rhein, T./Stamm, M.** (2006): Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland – Deskriptive Befunde zur Entwicklung seit 1980 und Verteilung auf Berufe und Wirtschaftszweige, in: IAB-Forschungsbericht 12, Nürnberg
- Schäfer, C.** (2005a): Weiter in der Verteilungsfalle – Die Entwicklung der Einkommensverteilung in 2004 und davor, in: WSI-Mitteilungen 11, S. 603–615
- Schäfer, C.** (2005b): Arm an Ursachenanalysen und Lösungsstrategien – Defizite im Armut- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Vortrag auf der Jahrestagung der Sektion Soziale Indikatoren in der deutschen Gesellschaft für Soziologie in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin, 2.–3. Juni, download [www.gesis.org/sozialindikatoren/veranstaltungen/programme/jahrestagung_2005.htm]
- Schäfer, C.** (2006): Der Niedriglohnsektor in der Verteilungsfalle, in: Sterkel, G./Schulten, T./Wiedemuth, J. (Hrsg.): Niedriglöhne in Deutschland, Hamburg, S. 35–60
- Schettkat, R.** (2006): Lohnspreizung: Mythen und Fakten. Eine Literaturübersicht zu Ausmaß und ökonomischen Wirkungen von Lohnungleichheit, Studie für die Hans-Böckler-Stiftung, Wuppertal
- Schmid, K.-P.** (2006): Opfer der Massenarbeitslosigkeit – die Reichen sind in Deutschland reicher geworden, die Armen sind mehr geworden, in: Die Zeit, Ausgabe 30 vom 20.07.
- Schulten, T.** (2006): Europäischer Tarifbericht des WSI 2005/2006, in: WSI-Mitteilungen 7, S. 365–373
- Statistisches Bundesamt** (2006a): Arbeitskosten 2004 in den neuen Bundesländern um 28 % unter Westniveau – Erste Ergebnisse der Arbeitskostenerhebung 2004, Pressemitteilung vom 12.07., Wiesbaden
- Statistisches Bundesamt** (Hrsg.) mit WZB und ZUMA (2006b): Daten-report 2006 – Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn
- Sterkel, G./Schulten, T./Wiedemuth, J.** (Hrsg.) (2006): Mindestlöhne gegen Lohndumping. Rahmenbedingungen – Erfahrungen – Strategien, Hamburg
- Stolz-Willig, B.** (2006): „Modernisierung der Familienpolitik“ – Verdrängung der Kinderarmut, in: Schäfer, C./Seifert, H. (Hrsg.): Kein bisschen leise – 60 Jahre WSI, S. 235–249, im Erscheinen
- SZ – Süddeutsche Zeitung** (2006): Steuernachzahlungen – Konzerne rechnen sich beim Finanzamt arm, vom 05.05.
- Vesper, D.** (2006): Was läuft falsch in der Finanzpolitik?, in: WSI-Mitteilungen 9, S. 471–477